

Der Ton macht die Musik

2020 ist kein leichtes Jahr für den FVDZ

Gewollt oder ungewollt eckt derzeit der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) an: bei Politik und Regierung, bei zahnärztlichen Körperschaften wie der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK). Selbst im eigenen Lager gibt es Kritik. Liegt es daran, dass dem debattierfreudigen Bundesverband 2020 das Podium für die Auseinandersetzung fehlt? Die Hauptversammlung fand wegen der Corona-Krise online statt.

Bereits im Vorfeld wurde Kritik aus einigen Landesverbänden laut, die dem Bundesvorstand wegen eines Haushaltsdefizits von 900.000 Euro die Entlastung zu verweigern drohten. Das konnte der Bundesvorstand während der Online-Hauptversammlung – auch mithilfe eines Versprechens klären. „Diese Kritik haben wir aufgenommen und für 2021 einen Sparhaushalt vorgelegt“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Peter Bührens. Am Ende wurde der Bundesvorstand von den rund 140 Delegierten mehrheitlich entlastet.

Fünf-Punkte-Papier des Vorstands

Gewohnt forsch adressierte der Freie Verband seine Leitanträge zum Erhalt

eines freiberuflichen Arbeitsumfeldes an die politischen Entscheidungsträger. Die Hauptforderung: mehr Gestaltungsspielräume für den zahnärztlichen Berufsstand. Dazu hatte der Bundesvorstand ein Fünf-Punkte-Papier „für eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik“ vorgelegt, das im Vorfeld zu Irritationen in einigen Landesverbänden und zahnärztlichen Körperschaften geführt hatte. Deren Kritik entzündete sich am Punkt „Selbstverwaltung funktioniert nicht“. Bei der schriftlichen Stimmabgabe segnete die Hauptversammlung das Papier dennoch mehrheitlich ab.

Digitalisierung: Sanktionen ad acta legen

Im Zentrum der Diskussion stand die Telematik-Infrastruktur (TI). Die Delegierten forderten den Gesetzgeber auf, alle Sanktionen zur Umsetzung der Digitalisierung im Gesundheitswesen zurückzunehmen und künftig auf derartige Maßnahmen zu verzichten. Darüber hinaus wurde die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung aufgefordert, mit den Krankenkassen die vollständige Übernahme aller „einmalig und fortlaufend anfallenden Kosten für die Umsetzung der IT-Sicherheitsrichtlinie“ auszuhandeln. „Die Zustimmung der Delegierten zu den TI-Anträgen zeigt vor allen Dingen eines: die große Geschlossenheit des Verbandes in wichtigen politischen Fragen“, resümierte der Bundesvorsitzende Harald Schrader.

Offener Brief in der Kritik

Jetzt hagelt es wieder Kritik. Das Dankeschreiben von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für die Einsatz- und Leistungsbereitschaft der Zahnärzte während der Pandemie (siehe S. 8 f.), beantwortete der FVDZ mit einem offenen Brief, der einen Strauß an Vorwürfen enthält – angefangen beim fehlenden Rettungsschirm über die Ignoranz hinsichtlich der zusätzlichen Belastung von Praxen bis hin zu fehlender Wertschätzung. Bundeszahnärztekammer, KZBV und DGZMK distanzieren sich von dem Schreiben und kritisierten Ton und Inhalte. Auch einzelne FVDZ-Landesverbände übten Kritik. Der Ton macht bekanntlich die Musik.

Anita Wuttke
München

INFORMATIONEN IM NETZ

Die Beschlüsse der Hauptversammlung, das Fünf-Punkte-Papier und der offene Brief des FVDZ an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sind im Internet zu finden: www.fvdz.de

